

Kleine Anfrage

**der Abgeordneten Mariana Iris Harder-Kühnel, Martin Reichardt, Nicole Höchst
und der Fraktion der AfD**

Häusliche Gewalt in Zeiten der Corona-Krise

Zu Zeiten der Corona-Krise scheinen sich die Fälle häuslicher Gewalt an Frauen zu häufen (<https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/coronavirus-gewalt-gegen-frauen-100.html>). Bereits im März konnte man den Nachrichten entnehmen, dass zunehmend Frauenhäuser nicht mehr die erforderlichen Kapazitäten bieten können, um Frauen und jungen Mädchen eine sichere Unterkunft zu bieten (<https://www.tagesschau.de/ausland/corona-europarat-haesusliche-gewalt-pejcinovic-buric-101.html>).

In Nordhessen richteten fünf Frauenhäuser einen dringenden Appell an die Öffentlichkeit: „Die Häuser sind voll belegt, berichteten die Mitarbeiterinnen, während der Pressekonferenz im Kreishaus in Kassel. Immer wieder müssten Hilfesuchende daher an andere Häuser weitervermittelt oder notdürftig in Gemeinschaftsräumen untergebracht werden. In Kassel sei dies fast täglich der Fall. Kein Frauenhaus in der Region hat genügend finanzielle Mittel für eine ausreichende personelle Ausstattung zur Verfügung“ (<https://nh24.de/2020/03/08/zu-wenige-plaetze-viele-opfer-finden-keinen-schutz/>).

Die Sicherheit von Frauen und Kindern darf nach Ansicht der Fragesteller in der Corona-Krise auf keinen Fall ins Hintertreffen geraten.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Was hat die Bundesregierung in der Vergangenheit für die Sicherheit von Frauen, Jugendlichen und Kindern durch Frauenhäuser getan?
2. Was hat die Bundesregierung seit Beginn der Corona-Krise für die Sicherheit von Frauen, Jugendlichen und Kindern durch Frauenhäuser getan?
3. Wie viele Frauen, Jugendliche und Kinder haben von Januar 2019 bis April 2019 nach Kenntnis der Bundesregierung Schutz in Frauenhäusern gesucht?
Wie viele Frauen, Jugendliche und Kinder haben von Januar 2020 bis April 2020 Schutz in Frauenhäusern gesucht, und ist bezüglich der Anzahl eine Erhöhung zum Vorjahreszeitraum zu erkennen?
4. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Dunkelziffer an Frauen, Jugendlichen und Kindern, die sich nicht in eine Schutzunterkunft begeben?
5. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung in den nächsten zwei Jahren zur Unterstützung von Frauenhäusern?

6. Sieht die Bundesregierung die entsprechend der „Istanbul-Konvention“ (Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt) zugesagten Mittel zur Unterstützung von Frauenhäusern als ausreichend an, und welche Erwartungen bestehen seitens der Bundesregierung hinsichtlich einer von den Ländern durchgeführten Co-Finanzierung?
7. Welche Zahlen liegen der Bundesregierung bezüglich männlicher Opfer von häuslicher Gewalt vor, die sich im Jugend- und Erwachsenenalter befinden?
8. Wie viele männliche Kinder und Jugendliche fanden nach Kenntnis der Bundesregierung Aufnahme mit ihren Müttern in sogenannten Frauenhäusern?

Berlin, den 11. Juni 2020

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion